ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Blum, Ulrich

Article

Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2006) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 12, pp. 350-350

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/143509

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial

Weihnachten steht vor der Tür. Einerseits glänzen die Konsumtempel, andererseits werden Vermögensarmut, Einkommensarmut, Bildungsarmut, fehlende Chancen der Partizipation verstärkt wahrgenommen. Weihnachten provoziert offensichtlich eine Diskussion über Gerechtigkeit.

Die ökonomische Lehre fordert, aus Effizienzgründen Produktion und Verteilung zu trennen. Da in einer dynamischen Wirtschaft aber jede Verteilung Ausgangspunkt einer neuen Produktionsrunde ist, verschwimmt die Unterscheidung zwischen einer Gerechtigkeit in den Ausgangsbedingungen und einer der Ergebnisse. Diese Umverteilung führt zwangsweise zu adversen Effekten bei denen, denen genommen wird. Mit den Grenzen einer derartigen Nivellierung durch den modernen Sozialstaat befaßt sich die Ordnungsethik: Die Soziale Marktwirtschaft fordert soziale Absicherung, um Risiko kalkulierbar zu machen: Ein möglicher Absturz darf nicht existenzvernichtend wirken.

Weil wir die Chancen der Globalisierung infolge einer Verzögerung des institutionellen Umbaus nur begrenzt nutzen, ist der Staat zunehmend weniger in der Lage, eine „Menschwürdige Wirtschaftsordnung“ zu gewährleisten, wie dies die jährlichen Tagungen des IWH zu diesem Thema zeigen. Fehlende politische Kraft, unzureichender politischer Wille und auch mangelnde Kreativität führen erst dazu, daß denen, die weniger Chancen haben, so schwer zu helfen ist. In Amerika debattieren die Demokraten aktuell intensiv, wie sie die dortige „Gerechtigkeitslücke“ schließen können. Im „Krieg gegen die Ungleichheit“ werden fünf staatliche Handlungsfelder diskutiert: Verringerung der Spreizung der Bruttoentgelte durch Erhöhung der Mindestlöhne und/oder Begrenzung der obersten Gehälter; Verringerung der Spreizung der Nettoentgelte über die Steuerpolitik; Stabilisierung der Einkommen der Mittelschicht durch entsprechende negative Einkommensteuern; Verbessern der Absicherung in der Sozialversicherung. Fast immer werden sie verworfen wegen fehlender Durchsetzungsmöglichkeit, Finanzierung und sonstiger adverser Effekte.

Es bleibt ein letztes Feld: Verbesserung von Bildung und Ausbildung; hier fasziniert die Argumentation: Gelingt es nämlich, den Pool der Begabten besser auszuschöpfen, dann entsteht mehr Konkurrenz am Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte: Das begrenzt die Einkommen am oberen Ende der Skala durch zusätzliche Beschäftigung: Bessere Kindergärten, Schulen, Universitäten und ergänzende Stipendienprogramme, sind sie der Königsweg? Deutschland sollte in diesen Teil der Debatte dringend einsteigen!

Ulrich Blum
Präsident des IWH